

Initiativantrag

Initiator*innen: Matthias Lüth

Titel: **Initiativantrag – Grenzen öffnen, Extremismus bekämpfen: Für Menschlichkeit und Rechtsstaat!**

Weiterleitung an: Bundeskongress, Bundestagsfraktion, Parteivorstand, Olaf Scholz

Antragstext

1 Die Sozialdemokratie hat seit ihrer Gründung vor über 160 Jahren stets die
2 Menschenwürde verteidigt und für internationale Solidarität gekämpft – trotz
3 aller Widerstände. Als Jusos und Sozialdemokrat:innen tragen wir die historische
4 Verantwortung, uns für diejenigen einzusetzen, die auf Schutz angewiesen sind,
5 ihre Würde zu bewahren und entschieden gegen Ressentiments vorzugehen. Unsere
6 Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sollten uns gerade in
7 schwierigen Zeiten leiten. Kaum eine andere Partei steht so überzeugend für die
8 Europäische Idee, das Friedensprojekt Europa und die Europäische Integration.

9 Doch die aktuellen politischen Entwicklungen, insbesondere in Bezug auf Asyl-
10 und Migrationspolitik, sind erschreckend. Das islamistische Attentat in
11 Solingen, das wir aufs Schärfste verurteilen, hat die Gefahren von religiösem
12 Fanatismus deutlich gemacht. Es ist die Aufgabe unseres Staates, Bürger:innen zu
13 schützen und entschieden gegen jegliche Form von Extremismus vorzugehen. Dabei
14 müssen insbesondere auch migrantische Stimmen Gehör finden, die von Islamismus
15 bedroht sind. Gleichzeitig darf der Schutz der Bürger:innen jedoch niemals als
16 Vorwand genutzt werden, um pauschale Ausgrenzung oder Stigmatisierung ganzer
17 Gesellschaftsgruppen zu legitimieren. Die Debatte der letzten Tage ist ein
18 Weckruf zur Verteidigung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
19 Menschenrechten.

20 Mit Entsetzen mussten wir beobachten, wie führende Sozialdemokrat:innen eine
21 Politik der Ausgrenzung und Stigmatisierung vorantreiben – durch Exekutiv-
22 Maßnahmen wie Grenzschließungen und Inhaftierungen in Grenznähe. Dies stellt
23 eine ganze Gruppe von Menschen pauschal unter Terrorismusverdacht und schränkt
24 ihre Rechte substanzIELL ein. Die vorgeschlagenen Kürzungen von Sozialleistungen
25 unter das Existenzminimum und die Hinderung der Einreise von Asylsuchenden
26 widersprechen nicht nur dem europäischen Gedanken und dem deutschen Grundgesetz,
27 sondern legitimieren auch rechtspopulistische und rechtsextreme Narrative.

28 Grenzkontrollen an den Deutschen Grenzen sind nicht zielführend. Keine Kommune
29 wird entlastet und Islamismus wird nicht bekämpft. Es ist nicht die Schuld von
30 Geflüchteten, dass Kommunen überlastet sind oder wir eine nicht
31 zufriedenstellende Infrastruktur haben. Warum werden Schutzsuchende ständig
32 dafür verantwortlich gemacht? Die Debatte um Grenzkontrollen und generell um die
33 Verschärfung des Asylrechts ist eine Vergiftung des politischen Klimas und des
34 Diskurses gegen Geflüchtete. Warum stellen wir mittlerweile jeden
35 Schutzsuchenden unter Generalverdacht ein*e islamistische*r Gefährder*innen zu
36 sein? Geflüchtete sind grundsätzlich keine Terrorist*innen. Im Gegenteil sie
37 fliehen vor Islamismus und diktatorischen Regimen. Ein besserer Ansatz, um
38 Islamismus zu bekämpfen wäre die Förderung von Demokratie und Aussteiger- oder
39 Integrationsprojekten. Fluchtursachen werden mithilfe von Grenzkontrollen auch
40 nicht bekämpft. Fakt ist Menschen werden fliehen, solange die Situation in ihrer
41 Heimat unerträglich bleibt.

42 Islamismus und Rechtsextremismus teilen die hasserfüllte Ablehnung von
43 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und unserer pluralistischen Gesellschaft. Beide
44 versuchen, durch die Verbreitung von Angst die Gesellschaft zu spalten. Die
45 Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, sich konsequent gegen jede Form von
46 Terror, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu stellen. Wir dürfen die
47 menschenfeindlichen Narrative rechter Parteien nicht übernehmen, da dies den
48 politischen Diskurs gefährlich nach rechts verschiebt. Eine Sozialdemokratie,
49 die geschlossene Grenzen und pauschale Ausgrenzung unterstützt, schwächt nicht
50 nur ihre eigenen Werte, sondern gefährdet auch den Fortbestand unserer
51 Demokratie.

52 Wir, als Jusos, die junge Basis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
53 widersprechen entschieden diesem Kurs. Eure politischen Alleingänge stehen
54 fundamental gegen die Werte unserer Partei. Die Übernahme rechter Narrative in
55 der Asyl- und Migrationspolitik, sei es durch innereuropäische Grenzkontrollen,
56 Auslagerung von Asylverfahren in autoritär regierte Drittstaaten, Abschiebungen
57 in Kriegsgebiete oder die Kürzung von Sozialleistungen, führt den Diskurs in
58 eine gefährliche Richtung.

59 Deshalb fordern wir eine Rückbesinnung auf unsere Grundwerte und eine humane
60 Asylpolitik, die Schutz und Integration statt Ausgrenzung und Isolation in den
61 Mittelpunkt stellt. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien müssen gestoppt
62 werden, Geflüchtete müssen angemessen untergebracht und versorgt werden, und
63 alle Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrer Herkunft, sollten sofortigen
64 Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

65 Ein schrecklicher Anschlag darf nicht die Grundlage für langfristiges
66 politisches Handeln sein. Die aktuelle Diskursverschiebung nach rechts schafft
67 weder bezahlbare Wohnungen noch höhere Löhne oder angemessene Renten.
68 Stattdessen befeuert sie einen migrationsfeindlichen und rassistischen Diskurs,
69 der die Gesellschaft weiter spaltet. Mit dieser Politik werdet ihr selbst Teil
70 des Rechtsrucks.

71 Wir erwarten von der Führung der Sozialdemokratie, dass sie sich wieder für eine
72 humane, solidarische Politik einsetzt, die den Grund- und Menschenrechten
73 verpflichtet ist. Ein Teilnahme an nationalistischen Überbietungswettbewerben
74 kann keine Lösung sein. Es ist unsere Verantwortung, die Demokratie zu
75 verteidigen und den extremen Rechten entschieden entgegenzutreten – im Sinne
76 unserer gemeinsamen Werte.

77 Das Sicherheitspaket ist unmenschlich, insbesondere da sich ein Teil der
78 Maßnahmen explizit gegen Geflüchtete richtet, indem die Lebenssituation dieser
79 verschlechtert wird. Sowohl die Einschränkung des Familiennachzugs für Menschen,
80 die in Deutschland subsidiären Schutz erhalten haben, als auch die Einstellung
81 der Zahlungen für Asylsuchende, bei denen sich im Dublin-Verfahren
82 herausgestellt hat, dass die Zuständigkeit bei einem anderen europäischen
83 Mitgliedsstaat liegt, sind Einschränkungen für Asylsuchende. Wir lehnen die
84 Maßnahmen zur Verschlechterung der Situation von Schutzsuchenden ab. Als
85 Demokrat*innen und besonders als Sozialdemokrat*innen sind wir in der Pflicht
86 die Menschenwürde aller Menschen zu wahren.

87 Wir fordern:

- 88 • **Keine „Asylwende“ nach rechts:** Wir widersprechen einer politischen
89 Verschiebung in Richtung rechter Asylpolitik.
- 90 • **Keine innereuropäischen Grenzkontrollen:** Wir lehnen Grenzschießungen und
91 grenznahe Inhaftierungen ab.
- 92 • **Stoppt Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete:** Insbesondere nach
93 Afghanistan und Syrien müssen Abschiebungen sofort gestoppt werden.

- 94 • **Keine Kürzungen von Sozialleistungen für die Ärmsten:** Sozialleistungen
95 dürfen nicht unter das Existenzminimum gekürzt werden, um Druck auf
96 Geflüchtete auszuüben.
- 97 • **Humanitäre Asylpolitik:** Wir fordern eine Asylpolitik, die Schutz und
98 Integration statt Ausgrenzung und Isolation in den Vordergrund stellt.
- 99 • **Einhaltung von Grund- und Menschenrechten:** Wir erwarten, dass die
100 Menschenrechte uneingeschränkt gewahrt werden. Das im Grundgesetz
101 verankerte Recht auf Asyl muss weiterhin ein individuelles subjektives
102 Recht bleiben.
- 103 • **Angemessene Unterbringung und Versorgung für Geflüchtete:** Es muss
104 sichergestellt werden, dass alle Geflüchteten angemessen untergebracht und
105 versorgt werden. Eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen
106 als Hauptträger dieser Aufgaben halten wir dabei für essentiell.
- 107 • **Zugang zum Arbeitsmarkt für alle:** Alle in Deutschland lebenden Menschen,
108 unabhängig von ihrer Herkunft, sollten sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt
109 erhalten.
- 110 • **Effektive Bekämpfung des Extremismus:** Wir fordern eine präventive und
111 rechtsstaatlich fundierte Bekämpfung von Extremismus, ohne pauschale
112 Stigmatisierungen.
- 113 • **Verteidigung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit:** Die Demokratie darf
114 nicht durch die Übernahme rechter Narrative gefährdet werden.
- 115 Wir beschränken uns nicht auf Forderungen, die wir an Bundesregierung und
116 Bundestagsfraktion richten. Wir engagieren uns aktiv vor Ort, um das politische
117 Klima gegen Rassismus und den Rechtsruck zu stärken. Wir organisieren regelmäßig
118 Bildungs- und Aufklärungsveranstaltungen, in denen über die Gefahren von
119 Rechtsextremismus und Rassismus informiert wird. Durch Workshops, Diskussionen
120 und öffentlichkeitswirksame Aktionen fördern wir eine offene, solidarische
121 Gesellschaft und setzen klare Zeichen gegen menschenfeindliche Ideologien. Wir
122 arbeiten dafür mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen, um
123 demokratische Werte zu stärken und unterstützen Projekte, die gezielt
124 Integration und Aussteigerprogramme für rechtsextreme oder radikalierte
125 Menschen fördern. Mit unseren Verwandten, Freund:innen und Bekannten suchen wir
126 den Diskurs, um dem Rechtsruck entgegen zu wirken.

Begründung

Begründung Ini-Charakter:

Die Verschärfung der Asyl- und Geflüchteten-Politik sowie insbesondere der Rechtsruck in der Rhetorik des sozialdemokratischen Teils der Bundesregierung seit dem Antragschluss.